

AFGHANISTAN-EINSATZ

Luftschlag von Kunduz: Lückenlose Aufklärung

Mit seinem Rücktritt hat Bundesminister Jung die politische Verantwortung für die Informationsdefizite im Zusammenhang mit den näheren Umständen des von einem deutschen Offizier veranlassten Luftschlags gegen zwei entführte Tanklastzüge am 04. September bei Kundus übernommen.

Sein Amtsnachfolger, Bundesminister Karl-Theodor zu Guttenberg, hat zudem schnell und entschieden gehandelt und personelle Konsequenzen an der Spitze des Bundesverteidigungsministeriums gezogen.

Zugleich gilt die Zusage für eine lückenlose Aufklärung und vollständige Transparenz über den in Frage stehenden Einsatz, bei dem es bedauerlicher Weise auch zivile Opfer gegeben hat.

Der in den letzten Tagen in die Öffentlichkeit gelangte Feldjäger-Bericht wird unverzüglich ausgewertet. Diese Auswertung wird in die Gesamtschau aller Berichte einfließen in eine Neubewertung des von der Bundeswehr angeforderten Luftschlags.

Debatte über Afghanistan-Einsatz muss verantwortungsvoll geführt werden

Die Soldaten und die zivilen Helfer der internationalen Staatengemeinschaft leisten in Afghanistan ihren Dienst unter schwierigen Umständen und oftmals unter Gefahr für Leib und Leben. Dieser wichtige Beitrag jedes einzelnen Soldaten und jedes zivilen Aufbauhelfers zur Herstellung von öffentlicher Sicherheit und zum Aufbau einer sich selbst tragenden staatlichen Ordnung verdient höchste Anerkennung und Unterstützung.

Einsatz in schwierigem Sicherheitsumfeld

Der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehrsoldaten an der Seite weiterer 42 Nationen erfolgt in einem schwierigen Umfeld – auch im Wirkungsgebiet des deutschen Kontingents. Die Sicherheitslage in einigen Regionen ist nach wie vor äußerst labil, die Einsatzplanung oftmals schwierig.

Die Folgen des aktuell erneut diskutierten Luftschlags nach der Entführung der beiden Tanklastzüge am 04. September durch bewaffnete Taliban, von der eine erhebliche Gefährdung auch der deutschen Soldaten in Kunduz hätte ausgehen können, unterstreichen dies.

Den militärischen Einsatz in Afghanistan realistisch beschreiben

Wenn die Soldaten vor Ort selbst von Krieg sprechen, ist dies verständlich. Klar muss aber auch sein, dass in Afghanistan nicht von einem klassischen Krieg gesprochen werden kann. Hier ist das Völkerrecht glasklar: Kriege können nur zwischen Staaten geführt werden. Ebenso klar ist aber auch, dass die Soldaten Rechtssicherheit brauchen, wenn sie im Einsatz von der Waffe Gebrauch machen müssen.

Übergabe in Verantwortung

Ziel der Afghanistan-Politik bleibt es, dass die Afghanen so schnell wie möglich in der Lage sind, selbst für ihre Sicherheit zu sorgen. Nach manchen Rückschlägen, Enttäuschungen, aber auch Fortschritten auf diesem Weg muss nun unter den Verbündeten gemeinsam mit der afghanischen Regierung eine neue Verständigung über die Ziele, Mittel und Wege des internationalen Einsatzes herbeigeführt werden.

Dies wird die wesentliche Aufgabe der Afghanistan-Konferenz im Januar sein. Dabei steht gerade auch die afghanische Regierung selbst in der Pflicht, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass eine Übergabe in Verantwortung erfolgen kann. Die afghanische Führung muss verdeutlichen, wie sie ihrer Verpflichtung zu guter Regierungsführung, zum Schutz der Menschenrechte sowie zur Bekämpfung von Drogenkriminalität und Korruption nachkommen will.

Realistische Ziele des Afghanistan-Einsatzes benennen

Das bisherige Afghanistan-Engagement hat gezeigt, dass man an seine Grenzen stößt, wenn man bei der Stabilisierung des Landes Maßstäbe einer westlichen Demokratie anlegt. Eine solche Vorstellung ist mit den Realitäten vor Ort nicht vereinbar. Auch deshalb muss die Aufgabe lauten, gemeinsam mit der politischen Führung des Landes den Einsatz neu zu justieren und auf eine neue Grundlage zu stellen.

Im Rahmen des international vernetzten Engagements soll Afghanistan in die Lage versetzt werden, Zug um Zug selbst Verantwortung zu übernehmen. Dieser Prozess erfordert Klarheit hinsichtlich der jeweiligen Etappenziele. Dazu gehören klare Kriterien für Festlegungen, wie und unter welchen Umständen dieser Einsatz auch beendet werden kann. Diese Klärungsprozesse werden im Rahmen der internen deutschen Diskussionen, aber vor allem auch im internationalen Kontext mit den Verbündeten zu leisten sein.

Bei allen Debatten um einzelne militärische Maßnahmen darf das sicherheitspolitische Ziel des Afghanistan-Einsatzes nicht aus dem Blickfeld geraten: Von afghanischem Boden darf keine terroristische Gefahr mehr für die internationale Staatengemeinschaft ausgehen. Das Land darf nicht wieder zum Ruhe- und Rückzugsgebiet für den internationalen Terrorismus werden.

Das deutsche Afghanistan-Engagement und das entsprechende Bundestagsmandat für den ISAF-Einsatz bleiben weiterhin notwendig - auch für die Sicherheit unseres eigenen Landes.